

Rede im Landtag

Es gilt das gesprochene Wort!



Plenardebatte am 10.09.2014

TOP 2: „Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen in NRW verbessern – Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt muss Vorrang vor öffentlich geförderter Beschäftigung haben“

Landtagsabgeordneter Matthias Kerkhoff

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die „Westfalenpost“ titelte Anfang August: „Arbeitslose: NRW führt Statistik an.“ Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man sagen: Endlich hat mal jemand eine Statistik gefunden, in der Nordrhein-Westfalen vorne liegt. Aber, meine Damen und Herren, hinter dieser Überschrift stecken Zahlen und Daten zum Arbeitsmarkt in Nordrhein- Westfalen und vor allem Menschen, denen es nicht gelingt, in Arbeit zu kommen. (Beifall von der CDU)

In Nordrhein-Westfalen werden im Jahresdurchschnitt über 770.000 Arbeitslose erwartet. Das sind mehr als 2013. Damit steht Nordrhein-Westfalen als einziges Flächenland in Deutschland am Jahresende wohl mit steigenden statt sinkenden Arbeitslosenzahlen da. Von diesen 770.000 sind mehr als 300.000 Langzeitarbeitslose; Kollege Alda hat eben darauf hingewiesen. Jeder dritte Langzeitarbeitslose, den es bundesweit gibt, lebt in Nordrhein-Westfalen. Minister Schneider, was ist Ihre Antwort auf diese Entwicklung? – Sie holen das abgegriffene Drehbuch hervor und rufen mal wieder nach der Bundesregierung, die dieses Problem lösen müsse, wie immer, wenn im eigenen Zuständigkeitsbereich Probleme auftauchen. Minister Schneider fordert Hilfe vom Bund und begründet dies damit, dass NRW wie kein anderes Bundesland in den letzten Jahren Strukturbrüche zu verkraften gehabt hätte. Ich sage Ihnen Folgendes: Dieses Land muss eine Landesregierung verkraften, die konzeptionslos ist und dabei zusieht, wie Nordrhein-Westfalen in wichtigen Bereichen zurückfällt. (Beifall von der CDU und der FDP)

Dann sind wir sehr schnell bei der Debatte von heute Vormittag, in der Armin Laschet auf die McKinsey-Studie „NRW 2020“ hingewiesen hat. Demnach hat NRW allein zwischen 2000 und 2012 eine Wachstumslücke von 8 Prozentpunkten auf den Freistaat Bayern. Ein Schließen dieser Lücke würde 3,2 Milliarden € Steuermehreinnahmen generieren. Aber nicht nur das: McKinsey hat berechnet, dass wir bei gleichem Wachstum wie Bayern heute 300.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr und unsere Arbeitslosenzahlen damit um ein Drittel reduziert hätten. Meine Damen und Herren, wir unterstützen den Antrag der FDP, weil er mit der Forderung nach Teilqualifizierung, besserer Betreuung, Jobcoaches und dem Work-First-Ansatz wichtige Anregungen enthält.

(Beifall von der CDU)

Hier ist die Landesregierung in der Pflicht. Es geht um schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung, um den Übergang von der Schule in den Beruf, um soziale Integration und Prävention und die Bekämpfung von Sucht. Hier gibt es genügend Ansätze, tätig zu werden. Deshalb sind die Forderungen nach einem massiven Ausbau eines sozialen Arbeitsmarktes an dieser Stelle nicht zielführend. Wir haben noch längst nicht alles getan, um die Situation zu verbessern. Ich bin nicht bereit, an dieser Stelle klein beizugeben, um Menschen für den normalen Arbeitsmarkt abzuschreiben und sie zu Zehntausenden in Programme zu schicken,

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Minister Guntram Schneider)

ganz abgesehen von den immensen Kosten, die ein solches Programm, wie Sie sich das vorstellen, mit sich bringen würde.

Meine Damen und Herren, ich will noch einen Satz zur Kritik an den Kürzungen der Vorgängerregierung sagen, der sogenannten Instrumentenreform. Ziel war es, Mittel des Bundes effektiver und zielgenauer einzusetzen, um Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen. Pro Kopf sind die Bundesmittel gleich geblieben wie vor der Wirtschaftskrise. Wir brauchen nicht mehr Programme, sondern wir brauchen konzeptionelle Lösungen, um die Ursachen von Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb kann sich Nordrhein-Westfalen diese Tatenlosigkeit nicht mehr leisten. Die Arbeitsmarktzahlen müssen ein Weckruf für Sie sein, die Politik in diesem Land zu ändern. Dazu fordern wir Sie an dieser Stelle auf. Auf die Beratungen im Ausschuss in der gebotenen inhaltlichen Tiefe freuen wir uns selbstverständlich auch. – Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort

Den weiteren Verlauf der Debatte finden Sie unter:

<http://landtag.portal.WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP16-65.pdf?von=6603&bis=6609>